

Ilko-Sascha Kowalczyk

## **Freiheit. 1989 und die Gegenwart.**

Trierer Rede 2025 am 5. Mai 2025

Als ich vor einigen Monaten meinen politischen Freunden in Berlin erzählte, dass Sie mich eingeladen haben, heute die „Trierer Rede“ zu halten, gab mir fast jeder und jede mit auf den Weg, Sie an den Zufall in der Geschichte zu erinnern. Und das tue ich sehr gern, zumal einer meiner engsten Freunde und der wichtigste Ratgeber in meinem politischen und wissenschaftlichen Leben, Gerd Poppe, das geistige Oberhaupt der ostdeutschen Opposition gegen den Kommunismus in den 1980er Jahren, jüngst, vor nur wenigen Wochen, verstorben ist. Übermorgen werden wir in der Böll-Stiftung einen Gedenkkakt Gerd Poppe zu Ehren veranstalten und ich werde die Hauptwürdigung vortragen. „Poppoff“, wie wir Freunde ihn nannten, war einer der geistigen Wegbereiter der Freiheitsrevolution von 1989, er war dann ab 1990 zwei Legislaturperioden außenpolitischer Sprecher von Bündnis 90 im Bundestag und schließlich der erste Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung von 1998 bis 2003. Ohne Persönlichkeiten wie Gerd Poppe könnte ich heute nicht zu Ihnen reden – ohne sie ist die Freiheitsrevolution gegen den Kommunismus und gegen die Mauer nicht denkbar, nicht erzählbar, nicht erklärbar. Er hat sich zeitlebens für die Verwirklichung der Menschenrechte engagiert und stand bis zuletzt selbstverständlich kompromisslos an der Seite der Ukraine – er gehörte wie viele andere aus der einstigen antikommunistischen Menschenrechtsbewegung hinter dem Eisernen Vorhang schon vor zwei Jahrzehnten zu den Stimmen in Deutschland, die vor den Zielen des KGB-Offiziers Putin eindringlich warnten – vergeblich, wie Sie wissen. Aber Gerd Poppe ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie verlogen die Rede ist, die seit dem 24. Februar 2022 bis in unsere Tage hinein immer wieder zu hören ist, „wir“ hätten uns in Putin und Russland geirrt. Nein, die Wahrheit ist, es gab immer die mahnenden Stimmen vor Putins Zielen, „Ihr“, die ihr vom „wir“ redet, habt es nur nicht wahrhaben wollen. Ganz im Gegenteil: die, die vor Putin warnten, wurden oftmals von „Euch“ als Kalte Krieger abgescancelt.

Mein Freund Gerd Poppe nun hat, als ich ihm von der geplanten Rede hier und heute im Dezember 2024 erzählte, wie andere Freunde auch gesagt, erinnere Deine Zuhörer\*innen daran, dass Sie über Jahrzehnte hinweg nur durch einen Zufall der Geschichte weiter in Trier leben konnten und nicht wie die Menschen am 9. Mai 1953 in Chemnitz ins Bett gingen und am 10. März 1953 in Karl-Marx-Stadt aufwachten. Der Tod Stalins am 5. März hatte Chemnitz zu Karl-Marx-Stadt gemacht – denn eigentlich sollte das heutige Eisenhüttenstadt in diesem „Karl-Marx-Jahr“, wie die SED-Führung aus Anlass des 135. Geburtstages und des 70. Todestages von Marx das schicksalhafte Jahr 1953 ausgerufen hatte, nach Marx benannt werden – nun war es in Stalinstadt benannt worden, zum Leidwesen der Chemnitzer. Aber ich

kann Ihnen versichern, wäre Trier Teil der sowjetischen Besatzungszone nach dem Krieg gewesen, es hätte keine zwei Meinungen unter den Kommunisten gegeben, welche deutsche Stadt nach dem berühmtesten Sohn Ihrer Stadt benannt worden wäre. Sie haben einfach nur Glück gehabt.

In der Schule in der DDR hörte ich im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht – zwei besonders hochgradig ideologisierte, überwiegend verhasste Schulfächer, nur der obligatorische Russischunterricht ab der 5. Klasse wurde von den meisten noch mehr gehasst – auch von Trier: als Geburtsstadt von Marx natürlich und als eine der ältesten Städte auf deutschem Gebiet. Vor 25 oder 30 Jahren war ich erstmals hier. Ich besuchte die Stadt aus reiner Neugier, schaute mir an, was es anzuschauen gibt, und schlenderte auch ins Karl-Marx-Haus. Mein Eindruck war deprimierend – über weite Strecken, fand ich, hätte diese Ausstellung auch von der Institution, die in der DDR für Marx und Marx-Forschung und Marxismus hauptverantwortlich zuständig war, stammen können, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

Ich weiß nicht mehr genau, was mich genau störte. Wahrscheinlich war mir der Blick auf die Wirkungsgeschichte von Marx zu unkritisch.

Marx und Engels und Lenin waren in der DDR allgegenwärtig. Egal, wie man zum kommunistischen System stand – diesem Dreigestirn war kein Entkommen. Sie glotzten einen auf jedem Dorfplatz an, winkten einem in jeder Zeitung zu und waren im Schulunterricht wie bei vielen, vielen anderen Gelegenheiten omnipräsent: als – metaphorisch gesprochen - Schaufensterpuppen, als Hohlkörper, als Zitatengeber. Jeder Mensch, der in der DDR eine Ausbildung absolvierte, egal welche außerhalb der Kirchen, musste Marxismus-Leninismus-Prüfungen ablegen. Wer in Mathematik, Medizin oder was auch immer promovieren wollte, musste auch einen ML-Kurs ablegen. Die Note der Dissertation durfte dabei nur um eine höher liegen als die der ML-Prüfung. Die omnipräsente staubtrockene, tote, offiziell verordnete Marx-Engels-Lenin-Rezeption führte dazu, dass sich fast niemand wirklich dafür interessierte – den meisten reichte die Praxis, da brauchte es nicht noch die Theorie, die das angeblich alles begründete und erklärte.

Ich bin anders aufgewachsen. Mein Großvater war ein ukrainischer Freiheitskämpfer, der 1921 wegen seines Kampfes für eine unabhängige Ukraine zum Tode verurteilt worden ist. Er hieß Ilko Kowalczyk. Kurz vor der geplanten Hinrichtung ist er befreit und außer Landes gebracht worden, nach Böhmen, nach Leitmeritz, wo es eine starke ukrainische Diaspora gab, zumal im nahen Prag ein ukrainischer Bischof residierte. Kurz vor der Geburt meines Vaters 1934 – Ilko Bohdan Kowalczyk – verunglückte mein Großvater tödlich. Übrigens so wie mein Vater 1992. Nun gut, jedenfalls ist mein Vater von seiner Mutter streng gläubig erzogen worden und wollte Priester werden. 1945 mussten auch sie, weil sich meine Großmutter hatte 1943 eindeutschen lassen, Böhmen verlassen und kamen nach Vorpommern. Der Berufswunsch meines Vaters blieb, aber ausgerechnet sein Religionslehrer redete ihm den um 1952/53 auf dem Höhepunkt des ersten Kirchenkampfes in der DDR aus. Er meinte, hier im

Kommunismus werden die Priester alle ans Kreuz genagelt werden, die Kirche wird vernichtet werden, du musst dir überlegen, welchen Weg du gehen willst. Für mein Vater war klar, dass er seine Mutter nicht im Stich lassen könnte – er blieb und wurde zum Dissidenten, aber nicht nur das, er wurde Stück für Stück zum Kommunisten.

Der Weg zum Parteieintritt am 12. April 1961, einem besonders symbolträchtigen Tag, war lang und dornig. Von diesem Weg hat ein Detail etwas mit meinem heutigen Vortrag zu tun: Mein Vater studierte Finanzökonomie an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. 1955 kaufte er sich Band 1 des Kapitals, 1956 folgten Band 2 und 3. Ich habe diese Bände noch und habe eigens für heute erneut hineingeschaut in die Ausgaben meines Vaters: Als ich mit 12 Jahren oder so diese drei Bände aus einem anderen als Lesegrund erstmals in die Hände nahm, staunte ich über die vielen Anstreichungen und fragte meinen Vater, ob es nicht ratsamer gewesen wäre, in diesen Büchern das umgekehrte Prinzip der Anstreichungen zu praktizieren, also nur jene Sätze zu markieren, die er für weniger wichtig empfand. Mein Vater lachte auf und erzählte mir, dass er mit zwei Kommilitonen zusammen im Selbststudium das Kapital durchgearbeitet hatte – allerdings hatten sie eine verhängnisvolle Abmachung getroffen. Nach jeder Seite, die sie nicht verstanden hatten, tranken sie einen Schnaps. Ich habe keine Ahnung, wie viele Jahre sie brauchten, mein Vater meinte jedenfalls, sie hätten nie mehr als sechs oder acht Seiten oder so geschafft.

Ich wurde älter, der Staat brach mit mir, als ich 14, 15 Jahre alt war, mein Interesse an Politik und Geschichte wurde immer größer. Und nun geschah etwas, was in der DDR nicht eben häufig vorkam und was mich in den Augen vieler meiner Freund\*innen irgendwie doch verdächtig machte: ich begann freiwillig die Werke von Marx, Engels und Lenin zu studieren. Ich wollte einfach genauer wissen, was deren Theorie mit meinem Leben und dem Staat, von dem ich ummauert war, der mich ausgespuckt und mir jede Zukunft verweigert hatte, zu tun hatte.

Das allgemeine Interesse an Marx spiegelten wenigen Marx-Witze vor 1989 – heute könnte man sie womöglich so nicht mehr erzählen: „Ey, ich lese gerade von Karl May das Kapital. – Echt? Aber ist das nicht von Karl Marx? – Ach so, ich wunderte mich schon, dass keine Indianer vorkommen.“ Oder: „Ist der Marxismus eine exakte Wissenschaft? – Nein! Sonst hätte man das System zuerst im Tierreich erprobt.“

Jedenfalls begann ich Marx und die anderen Klassiker des Marxismus und des Marxismus-Leninismus selbstständig zu lesen. Nach einigen Jahren stellte ich für „Die Weltbühne“ – ich war so 18 oder 20 Jahre alt, es war also so etwa 1985 oder 1987, einen Artikel zusammen, eine Zitatencollage zum Thema „Freiheit“ und insbesondere „Pressefreiheit“. Die Zitate waren ausschließlich den Schriften von Marx, Engels und Lenin entnommen. Natürlich war da auch so ein berühmtes Zitat wie folgendes aus dem Jahr 1842 dabei: „Wir haben gezeigt, wie das Preßgesetz ein Recht und das Zensurgesetz ein Unrecht ist. Die Zensur gesteht aber selbst, daß sie kein Selbstzweck, daß sie nichts an und für sich Gutes sei, daß sie also auf dem Prinzip beruht: ‚Der Zweck heiligt die Mittel.‘ Aber ein Zweck, der unheiliger Mittel bedarf,

ist kein heiliger Zweck...“ Und wenig später heißt es in diesem Artikel: „Meint es aber die Zensur ehrlich, so will sie die Willkür verhüten und macht die Willkür zum Gesetz. Sie kann keiner Gefahr vorbeugen, die größer wäre als sie selbst. Die Lebensgefahr für jedes Wesen besteht darin, sich selbst zu verlieren. Die Unfreiheit ist daher die eigentliche Todesgefahr für den Menschen.“<sup>1</sup> – Das war für mich als Marx-Beginner erstaunlich und zugleich Balsam auf meiner Seele. Der Alte ist also ganz anders, als man uns hier weismachen will, dachte ich ein ums andere Mal.

Ich hörte wochenlang von der „Weltbühne“ nichts – eines Tages jedoch bekam ich von der Redaktion der „Weltbühne“ einen Brief, man entschuldigte sich bei mir, mein Manuskript sei in den Redaktionspapieren untergegangen, schade, denn nun sei mein Text ja nicht mehr aktuell – wohlgermerkt es ging um Freiheit. Aber man wolle mich belohnen und überweise mir ein „Ideenhonorar“ von 150 Mark. Ich war etwas irritiert und noch mehr belustigt, aber immerhin: das erste Honorar für ein Manuskript in meinem Leben – und dann noch für ein politisches, ein unveröffentlichtes. Es blieb auch das einzige Honorar in meinem DDR-Leben. An Marx hatte mich bei meiner eigenständigen Lektüre sehr überrascht, wie stark es bei ihm immer wieder um Freiheit ging. Nicht einmal einer der berühmtesten Sätze aus dem Kommunistischen Manifest war Gegenstand in der Schule gewesen: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“<sup>2</sup> Als ich diesen Satz das erste Mal gelesen hatte, in meinem Kämmerlein ganz allein, traf mich der Blitz. Ich verstand die Welt nicht mehr – ich verstand aber die Murxerei im Untergrund, die ungefähr so ging: in der DDR hätte Marx nicht einmal Abitur machen dürfen (was ich gut verstand, da auch mir das verwehrt worden ist), oder: wäre Marx in der DDR in der Partei gewesen, so wäre er, so er überhaupt die Kandidatenzeit überstanden hätte, sowieso schnell wieder mit einem krachenden Parteiverfahren rausgeflogen.

Obwohl ich Marx intensiv las, auch für meine Forschungen und Bücher seit 1990, stimmte ich mit Marx an einer Stelle ganz besonders überein. Glaubt man Engels, so äußerte Marx in seinen späten Jahren: „Sicher ist, daß ich kein Marxist bin.“<sup>3</sup> Oder: „Ich weiß nur, daß ich kein Marxist bin.“<sup>4</sup> Oder: „Alles, was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin!“<sup>5</sup>

Als ich mal mit einem Freund Mitte der 1980er Jahre durch das bulgarische Pirin-Gebirge streifte und er darüber rätselte, ob Marx und Engels vielleicht nur ganz große Komiker waren, damit wir heute ihre Suppe so auszulöffeln hätten und alles nur ein großer Irrtum gewesen sei, entwickelte ich die nicht ganz unernste Ansicht, die beiden hätten das Manifest unter Alkohol, sich gegenseitig anstachelnd mit viel Spaß verfasst: „Gut so, General, grandiose Formulierung!“ Prost! – „Mohr, Du übertriffst Dich mal wieder selbst!“ Prost! Sie tranken, lachten, schrieben – und wir litten. So mein Galgenhumor damals.

Ich nahm das alles sehr ernst und begann mich zu fragen, wenn sie uns schon nicht verraten haben, wie ihr Kommunismus dereinst aussehen sollte, so würden sie doch wenigstens gesagt

haben, wie sie sich die „Diktatur des Proletariats“, die ja in der DDR nach allen Verlautbarungen der SED herrschte, vorgestellt hatten:

Zwar war der Glaube an die gesetzmäßig-unvermeidliche Ankunft der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht spezifisch marxistisch, das nahmen auch bereits Utopisten vor Marx an, allerdings bringt der dialektische Materialismus „seine Anhänger in eine Lage, die es ihnen unmöglich macht, einen anderen Standpunkt einzunehmen“.<sup>6</sup> Zunächst produziere der Kapitalismus *gesetzmäßig* immer mehr Reichtum in immer weniger Händen der herrschenden Klasse und zugleich verelende die beherrschte Klasse immer stärker. Die zahlenmäßig kleine Bourgeoisie und die große Arbeiterklasse ständen sich unversöhnlich gegenüber, alle anderen Klassen verschwänden oder versanken in der Bedeutungslosigkeit. Der Klassenantagonismus führe „gesetzmäßig“ zu einer sozialen Revolution. Diese entwickle sich zu einer politischen, in deren Folge die Bourgeoisie untergehe, die Arbeiterklasse die Macht übernehme, eine klassenlose Gesellschaft entstehe – und der Endpunkt der Geschichte erreicht sei. Marxisten sahen in der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen, in einer spiralförmigen Bewegung vom Niederen zum Höheren, wie sie es formulierten, den Sinn der menschlichen Weltgeschichte. Die Annahme eines Endes der Geschichte, wie sie dem dialektischen Materialismus eingeschrieben ist, unterstellt die Möglichkeit, Utopia zu erreichen, einen Zustand mit „nebelhafter Vergangenheit“, goldstrahlender Gegenwart ohne Widersprüche und soziale Konflikte und ohne Zukunft, da er keiner Änderungen mehr bedarf.<sup>7</sup> Dabei ist die „völlig egalitäre Gesellschaft ist nicht nur ein unrealistischer, sie ist auch ein schrecklicher Gedanke: denn in Utopia wohnt nicht die Freiheit, der stets unvollkommene Entwurf in das Unbestimmte, sondern die Perfektion entweder des Terrors oder der absoluten Langeweile.“<sup>8</sup>

Der neue Staat solle dem Räteprinzip folgen, alle vollwertigen Gesellschaftsmitglieder haben auch zeitweilig Staatsaufgaben zu erfüllen, getreu der Marxschen Auffassung vom Kommunismus: „In einer kommunistischen Gesellschaft gibt es keine Maler, sondern höchstens Menschen, die unter Anderm auch malen.“<sup>9</sup>

Karl Marx verstand unter der „Diktatur des Proletariats“ eine „politische Übergangsperiode“ für den Staat vom Kapitalismus zum Kommunismus. Gemeinsam mit Engels plädierte er für „despotische“ Eingriffe bei der Machtübernahme.<sup>10</sup> Gleichwohl sahen sie in der Diktatur kein dauerhaftes Machtmittel, sondern eine Übergangsform.<sup>11</sup> Terror als dauerhafte Staatsform kam ihnen nicht in den Sinn.<sup>12</sup> Für sie gehörten die Grundfreiheiten zum Sozialismus dazu, sie sahen sie als unveräußerlich an und gingen von der Prämisse aus, Sozialismus könne nicht von einer Minderheit erzwungen werden.

Erst Lenin verquickte Macht und Gewalt zu einer Symbiose in Form einer proletarischen Diktatur unter Führung einer kleinen Avantgarde, der „Partei neuen Typus“.<sup>13</sup> Diese würde die „Diktatur des Proletariats“ so lange befehligen, bis sich alle ihrer Doktrin unterworfen hätten. Bei Lenin geriet unter dem Eindruck der Machtausübung der Staat zum Interessensvertreter des Proletariats, sodass jeder, der sich gegen den Staat stellte, automatisch gegen die

Interessen der Arbeiterschaft handelte. Die Erziehungsdiktatur war die logische Folge dieser Annahme.

Lenin und der Lenismus ist keine logische Folge aus dem Marxschen Denken, sondern gerade in den staatspolitischen Folgerungen oft genug eine Pervertierung. Und die realpolitische Situation in der „Diktatur des Proletariats“ in der DDR war an sich mit den Marxschen Überlegungen weder zu legitimieren noch zu begründen – daher waren die Ideologiewächter auf immerwährender Wacht, um Marx nicht gegen die Realität in Stellung bringen zu lassen,<sup>14</sup> was Renegaten wie Havemann, Biermann, Bahro, um nur drei Bekannte aus der DDR zu nennen, seit Kautsky sprachgewaltig taten.

Weil das alles so war und die Theorie nie in Übereinstimmung mit der Praxis stand und die Praxis sich jeder theoretischen Deutung entzog und daher die hunderttausenden Propagandisten des kommunistischen Regimes Tag für Tag vor unlösbaren Problemen bei Nachfragen standen, erfanden die Leninisten die „fünfte Grundrechenart“. Diese beschrieb Christoph Hein 1989 einmal so: „Die fünfte Grundrechenart besteht darin, daß zuerst der Schlußstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben wird. Das gibt dann einen festen Halt für die waghalsigen Operationen, die anschließend und über dem Schlußstrich erfolgen. Dort nämlich wird dann addiert und summiert, dividiert und abstrahiert, multipliziert und negiert, subtrahiert und geschönt, groß- und kleingeschrieben nach Bedarf, wird die Wurzel gezogen und gelegentlich auch schlicht gelogen.“<sup>15</sup>

„Geschichte“ war die wichtigste Legitimationsinstanz, auf die sich die Kommunisten fortwährend beriefen.<sup>16</sup> Alles wurde aus der Geschichte herrührend legitimiert. Die Emanzipations- und Freiheitsidee des 19. Jahrhundert, die politisch gegenwartsbezogen argumentierte, war in den Staaten, in denen Kommunisten an der Macht waren, zu einer Apologie ihrer Herrschaft und des jeweils augenblicklichen Staats- und Gesellschaftszustandes geworden. Vor dem Hintergrund der überragenden Bedeutung von Geschichte im ideologischen System kam der Witz auf: „Frage: Was ist am schwersten am Kommunismus vorherzusehen? Antwort: Seine Vergangenheit.“

Wolfgang Leonhard hat diese Form der Instrumentalisierung 1962 aufs Korn genommen und Ulbricht in einen Dialog mit Marx und Engels treten lassen. Er nahm Zitate der beiden Denker und legte Ulbricht aktuelle SED-Richtlinien in den Mund – heraus kam, dass Ulbricht die beiden Vorbilder als Renegaten und Parteifeinde bezeichnete. Die beiden flüchteten in den Westen, wo ihnen die Anerkennung als Flüchtlinge mit politischen Motiven verweigert wurde, weil im Westen Marxisten generell als Kommunisten und Ulbricht-Anhänger qualifiziert würden.<sup>17</sup>

Die gesellschaftspolitische Realität hinter der Mauer bis hin nach Kamtschatka hatte wenig mit Marxismus, noch weniger mit Marx zu tun, so schien es mir immer deutlicher, je mehr ich

las und mir einbildete auch zu verstehen. Marx träumte von einer Freiheit für alle, die durch keinen Staat begrenzt, aber vom Bewusstsein der Menschen geprägt sei. Klassen spalten die Gesellschaft, mit der Überwindung der Klassen, so Marx, sei der Staat überflüssig und könne „absterben“, an dessen Stelle trete die „Kommune“ oder das „Gemeinwesen“. Der nunmehr freie Mensch sei Mitglied einer homogenen, klassenlosen Gesellschaft, im eigentlichen Sinne sogar einer Gemeinschaft, und es existieren keine Gegensätze mehr zwischen individuellen Ansprüchen und gesellschaftlichen Erfordernissen.

Diese Idee führt in der Praxis nicht nur zum Kollektivismus, sondern auch zum Terror.

„1989“ war in diesem Sinne ein radikaler Bruch mit einem Staats- und Gesellschaftsverständnis, das sieben Jahrzehnte große Teile Europas bestimmt hatte. Heute stehen wir an einem Scheidepunkt: Scheitert „1989“ und gleiten wir erneut, diesmal als ganz Europa einschließlich der USA, in eine autokratische Epoche ab (alle Zeichen deuten darauf hin) oder sind wir bereit, Freiheit, eine Bewegungsform, als das Wichtigste, was eine Gesellschaft aufzubieten hat, zu verteidigen. Freiheit ist wichtiger Frieden, weil Freiheit Vorbedingung und Rahmenbedingung von Frieden ist. Freiheit bedeutet zuvörderst, freiheitlich leben zu können und einen Staat zu haben, der Freiheit garantiert und diese nur dann beschränkt, wenn durch die Ausübung der Freiheitsrechte die Freiheit anderer bedroht oder eingeschränkt wird. Freiheit in meinem Verständnis ist keine libertäre Angelegenheit, sondern bedeutet politische und soziale Verantwortungsübernahme. Freiheit heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.

Marx meinte 1848: „Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus.“<sup>18</sup> Das Gespenst hat in der Realität 100 Millionen Tote produziert. Ich deutete an, warum der Terror der Gleichheits- und Gemeinschaftsidee inhärent ist, da sich für eine derartige Herrschaft das Problem stellt, was mit jenen zu tun ist, die einfach keine Lust haben, warum auch immer, in der Gemeinschaft, der Kommune, im Kommunismus aufzugehen, mitzumachen. Das muss nicht einmal politisch motiviert sein. Die Antwort ist Gewalt und Terror, beides wird sogar präventiv eingesetzt, um Bewegung und Mobilisierung zu erreichen. Immer wieder höre ich, aber das war doch alles noch kein richtiger Kommunismus. Das mag sein, aber ich habe ehrlich gesagt nach 100 Millionen Toten kein Interesse daran, herauszufinden, wozu dann der echte Kommunismus in der Lage ist.

Freiheit versus Unfreiheit. Demokratie versus Diktatur. Um nichts Geringeres geht es in den Kämpfen unserer Zeit. „1989“ ist akut gefährdet – die meisten wissen es nur nicht. Die Bedrohungslage ist in Polen, in den baltischen Staaten, aber auch in den skandinavischen Ländern weitaus gegenwärtiger. Ums so verteidigungsfähiger sind die dortigen Gesellschaften auch.

In dem Vernichtungsfeldzug der russländischen Föderation gegen die freie Ukraine geht es um Freiheit und Demokratie, die der Kreml fürchtet, weil sie seinen diktatorischen und imperialen Gelüsten zuwiderlaufen.

In „Ostdeutschland“ spielen sich all die Kontroversen und Auseinandersetzungen im Kleinen ab, die es im Großen in Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt zu beobachten gibt. Gerade in Ostdeutschland sehen viele nicht, dass es ihr Leben in Freiheit und Demokratie ist, das ihre andauernde Kritik, ihre Ablehnung und ihren Protest überhaupt nur ermöglicht. Viele wähnen sich in einer neuen Diktatur lebend und verzeichnen zugleich die Realitäten echter Diktaturen, wie sie etwa in Russland existiert oder wie es sie in der DDR gab.

In Deutschland tobt eine Deutungsschlacht um Demokratie, Diktatur, Krieg, Frieden. Dort können sich etwa zwei Drittel der Menschen vorstellen, einer gegen das Grundgesetz und gegen die bundesdeutsche Demokratie ausgerichteten Kraft ihre Stimme zu geben.

Merkwürdigerweise glauben diese zwei Drittel (auch im Westen wächst die Zahl derer, die so denken, dramatisch), dass sich ihre konkrete Lebenssituation und vor allem die bundesdeutsche Demokratie verbessern ließe, wenn extrem autoritäre Kräfte an die Macht kämen.

Freiheit ist eine Angelegenheit, die nur funktionieren kann, wenn sich der Einzelne bewegt und sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischt. Genau das wird einem in der Diktatur mit allen Mitteln abgenommen, abtrainiert, brutal weggenommen; auch in einer „Diktatur der Mehrheit“, wie sie von der AfD angestrebt wird, wie Trump sie gerade errichtet. Die Diktatur hasst das Individuum und strebt an, alles im Kollektiv aufgehen zu lassen. Je länger eine Diktatur währt, um so weniger ist das ihren Insassen bewusst, weil sie als Teil des Maschinenraums zunehmend den Blick für das Ganze verlieren. Auch das ist ein Diktaturziel. In der Diktatur kostet es nicht nur Mut, sondern auch erhebliche Anstrengung, um sich über das Ganze zu erheben und die Unmenschlichkeit und Brutalität zu erkennen. Hinzu kommt die enorme Energieleistung, die vonnöten ist, wenn die Diktatur gefallen ist. Keine geht im Zuge einer Revolution unter, an der sich eine Mehrheit beteiligt hätte. Revolutionen sind Angelegenheiten von Minderheiten – auch die von 1989! Die Masse, die übergroße Mehrheit, wartet ab und schlägt sich dann freudetrunken auf die Seite der Sieger. Das war bislang noch in jeder Revolution so und wird auch künftig so sein. So weit, so banal. Problematischer sind die Nachwirkungen, zumal, wenn es sich wie im Falle der kommunistischen Diktaturen auch um Weltanschauungssysteme handelt. Die Kommunisten haben enorme Ressourcen in die Ideologeerziehung gelenkt. Von der Wiege bis zur Bahre sollte nicht nur alles stramm organisiert und uniformiert vonstatten gehen. Nein, nicht nur das Sein, auch das Bewusstsein der Untertanen sollte gelenkt und einheitlich, nach militärähnlichen Normen ausgerichtet werden. Bis auf ein paar Hunderttausend besonders stramme Fanatiker der Staatspartei SED haben alle anderen diese ewigen Politschulungen und diese omniprésente Ideologiedauerbeschallung an jedem Ort und jeder Ecke (nur nicht auf den Kirchengeländen) abgelehnt, haben sich darüber lustig gemacht, waren aber gezwungen mitzumachen, nichts

von Relevanz ohne ein wenigstens formales Bekenntnis zum menschenfeindlichen Marxismus-Leninismus mit dazugehöriger Schulung und Prüfung möglich war. Die kommunistische Ideologie machte viele Menschen diskursunfähig, diskussionsunfähig und verleitete sie zu einer dichotomischen Wahrnehmung nicht nur der Welt, sondern von allem und jedem. Natürlich kann man sich den Folgen der omnipräsenten Dauerbeschallung von der Wiege bis zur Bahre entledigen, aber nicht durch Passivität, durch Schweigen, durch Ignoranz. Um das zu überwinden, bedarf es harter individueller Arbeit. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch Mut, stellt man sich doch durch solcherart Erinnerungsarbeit auch selbst in Frage. Im Prinzip geht es dabei darum, anzuerkennen, dass die eigene Wahrnehmung, die der eigenen Gruppe und des eigenen Milieus weder unumstößlich noch unhinterfragbar ist.

Von niemandem in Deutschland geht eine solche Gefahr für Demokratie und Freiheit aus wie von Extremisten, gerade auch weil die AfD kein nationales Phänomen ist, sondern unter verschiedenen Parteinamen in ganz Europa grassiert. Die Linkspartei will zwar immer noch das System überwinden, aber längst nicht mehr revolutionär. Diese Rolle hat nun allein die Truppe um Wagenknecht (BSW) übernommen. Kaum jemand will wahrhaben, was Wagenknecht im Schilde führt. Sie ist eine Leninistin, die lange Zeit öffentlich Stalin und Ulbricht verehrte und die keinerlei Scheu zeigt, Kremldiktator Putin nach dem Munde zu reden. Ihren Hass auf die Prinzipien des Grundgesetzes könnte nichts deutlicher untermauern, als ihre Pro-Putin-Haltung vor und nach dem 24. Februar 2022, dem Tag, an dem die russländische Föderation ihren Krieg gegen die Ukraine auf das ganze Land ausweitete. Wagenknecht agiert de facto wie ein außenpolitisches Sprachrohr des Kreml. Natürlich formuliert sie nicht alles genau so, wie es aus dem Kreml tönt. Nein, natürlich nicht. Doch sie verbreitet Verunsicherung, diffamiert die Ukraine und bezichtigt den Westen der Kriegslüsterheit. Wagenknecht tut dies Tag für Tag und in ihrem Schlepptau nicht nur willige Medien, sondern vor allem Millionen Gefolgsleute, die in den Sozialen Medien die Propaganda, die Lügen, den Hass multiplizieren.

Freiheit lässt sich nur in der Freiheit verraten. Davon bin ich fest überzeugt. Ich erlebte den Drang nach Freiheit in der Diktatur und weiß auch, wie fast unumgänglich es ist, immer wieder Kompromisse zu schließen und Wege gegen die eigenen Überzeugungen zu gehen. Dort, wo keine Freiheit herrscht, kann sie auch nicht verraten werden. Schaut man sich heute auf den Straßen Europas um, staunt man allerdings, wie vielen offenbar ihre Freiheit egal oder nicht bewusst ist. Jede Russlandfahne in Europa stellt heute einen Verrat an der Freiheit dar, bedeutet eine Verherrlichung der Diktatur und ihrer Verbrechen, Massenmorde und Kriege.

In seinem großen Werk „Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ warnte Karl Raimund Popper, die Offenheit von Freiheit dürfe nicht dazu führen, dass sie ihren Feinden gegenüber tatenlos bleibt, weil sie ihnen begegnet wie den Anhängern der Offenen Gesellschaft.

„Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden von Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranten zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“ Popper schloss ausdrücklich ein, militante Intolerante notfalls mit Gewalt zu unterdrücken. Dem „Paradox der Demokratie“ hingegen, dass sich eine Mehrheit zur Herrschaft eines Tyrannen entschließt, wusste Popper nichts als den Rationalismus der Aufklärung entgegenzusetzen.<sup>19</sup>

Im übertragenen Sinne gilt der schöne Satz von Rousseau aus dem Jahre 1762 immer noch: „Der Mensch wird frei geboren, und überall liegt er in Ketten.“<sup>20</sup> In der DDR ist dort, wo ich mich herumtrieb, gesagt worden, nur wer sich nicht bewegt, spürt seine Ketten nicht. Das war eine gegenseitige Ermunterung, gegen die Ketten, die die Diktatur jedem Einzelnen angelegt hatte, aufzubegehren. In der freien Gesellschaft hingegen legen sich viele scheinbare Ketten an, um damit gegen den angeblichen Kettenstaat zu protestieren.

Überall in Europa erstarken erneut Parteien und politische Strömungen, die autoritäre Staatsstrukturen anstreben. Und Ostdeutschland schreitet mit in der Spitzengruppe. Der kleine, an sich unbedeutende Landstrich mit wenigen Millionen Menschen im Herzen Europas, dessen Bewohner\*innen gern so tun, als wären sie der Mittelpunkt der Welt und ihre Erfahrungen wären einzigartig, marschiert kräftig mit und zum Teil voran. Hier radikalisieren sich rechtsextreme Strömungen besonders. Hier stoßen historische und aktuelle Entwicklungen besonders scharf aufeinander. Das macht ihn interessant, weil Ostdeutschland in dieser Perspektive wie eine Art Labor der Globalisierung, einer möglichen Zukunft, ja, einer möglichen düsteren Zukunft fungiert.

Freiheit und Demokratie sind weitaus beschwerlicher und anstrengender als irgendeine andere gesellschaftliche Form des Zusammenlebens. In Ostdeutschland existiert weithin eine gänzlich andere Staats- und Gesellschaftsvorstellung als im Westen, ein Unterschied, den Uwe Johnson bereits 1970 trefflich markiert und beobachtet hatte. Wenn wir heute Ostdeutschland betrachten, wird man die Geschichte von vor und nach 1989 als eine Einheit analysieren müssen, um das Gewordensein zu verstehen.

Eine Diktatur basiert, anders als eine Demokratie, nicht auf Vertrauen; sie benötigt sie nicht einmal. Dem Aufbruch 1989/90 als eine Selbstermächtigung wohnte bereits für ganz viele die tiefe Selbsttäuschung, die zwingende Ent-Täuschung inne.

Ich bin ein 89er. Nicht nur mein ganzes Leben ist in ein „davor“ und „danach“ eingeteilt, auch mein Denken ist von „89“ maßgeblich geprägt. Die Diktaturerfahrung schlug um in eine Freiheitserfahrung, die für mich das größte politische Glück meines Lebens bedeutet. Von nichts und niemanden werde ich sie mir kaputtreden oder kaputtmachen lassen.

1989 erfolgte eine Freiheitsrevolution und ich war dabei. Endlich war sie da, die ersehnte Freiheit, die süße Frucht, die mir erlaubte, mich straffrei in meine eigenen Angelegenheiten

einzumischen, endlich keinem Wahrheitspächter mehr wie ohnmächtig gegenüber zu stehen, endlich öffentlich mitzumischen und meine Meinung im offenen Streit zu prüfen, zu behaupten, aufzugeben – und alles angstfrei.

Als ich 1990 dann Bundesbürger wurde, überraschte mich, wie viele Menschen in der Bundesrepublik verächtlich über Freiheit redeten. Mich verwunderte, wie viele, die nichts weiter kannten als die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik, Freiheit als etwas Abstraktes, Rhetorisches und Selbstverständliches ansahen. Viele drehten einfach nur die Augen, wenn sie das Wort schon hörten. Ich erlebte, wie selbstverständlich die Freiheit genutzt wurde, um diese zu denunzieren, und begriff: Freiheit kann man nur in der Freiheit verraten. Freiheitsverrat ist sehr verbreitet. In den letzten Jahren ist er zu einer Art Volkssport ausgeartet.

Wir werden nicht als freie Bürger geboren. Mit viel Glück wird man frei. Und mit noch mehr Glück kann man in einem freiheitlichen System leben. Die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist ein solches System und zählt weltweit zu den freiesten überhaupt.

Nach 1989 konnte ich mir nicht vorstellen, dass ich jemals nochmals politisch pessimistisch werden könnte.

Es geht heute jedoch erneut um Freiheit. Um nichts weniger.

Freiheit und Demokratie sind für jeden Einzelnen weitaus anstrengender als das angepasste, unauffällige Leben in der Diktatur. Der FREIHEITSSCHOCK war eine ständige Zumutung für die von der Diktatur befreiten, die nun ständig Entscheidungen treffen, sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen mussten. Es ist kein Zufall, dass heute im Osten vielerorts so gesprochen wird, als lebten die Menschen nun in einer Diktatur. Es ist auch kein Zufall, dass Putin im Osten auf große Zustimmung stößt. Dahinter steht ein weit verbreiteter Hass auf den Westen, die westlichen Werte und die Anmaßungen in der Freiheit, selbst für sein Leben verantwortlich zu sein.

Die kommunistischen Staaten führten unentwegt Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Nur Freiheit garantiert Frieden – ohne Freiheit gibt es keinen Frieden, daher ist Freiheit auch wichtiger als Frieden!

Das haben jene nicht vergessen, die damals darunter litten. Millionen andere litten nicht darunter. Um so einfacher fällt es ihnen, die kommunistische Diktatur zu verharmlosen. Solche Geschichten werden millionenfach am Abendbrottisch weitergegeben, so dass die Verharmlosung fortgepflanzt wird. Demokratie und Freiheit werden dauerhaft nur Bestand haben, wenn der antitotalitäre Konsens stabil bleibt. Und dazu gehört eben nicht nur Antifaschismus, sondern genauso Antikommunismus. Das Weichzeichnen der SED-Diktatur ist ein Baustein, diesen Konsens zu unterhöhlen.

Mein Plädoyer für Erinnerung um der Freiheit willen aber kann nicht verhehlen, dass ich pessimistisch geworden bin. Ich habe die 89er-Gewissheit verloren, nie wieder Diktatur und Unfreiheit erleben zu müssen. Ich habe keine Angst. Ich bin und bleibe in der Frage Freiheit

versus Unfreiheit kompromisslos, weil es zwischen Freiheit und Unfreiheit kein Drittes gibt. Ich habe mich oft in meinem Leben geirrt. Nun hoffe ich inständigst, ich irre mich erneut und meine Befürchtungen treten nicht ein. Es ist so dramatisch, weil der Kampf um Freiheit nicht nur in Deutschland geführt wird, sondern in vielen Ecken dieser Welt. Leider ist das noch immer viel zu wenigen bewusst. Nicht einmal der verbrecherische Vernichtungsfeldzug der russländischen Föderation gegen die Freiheit, gegen die Ukraine konnte alle in Deutschland lebenden Menschen in eine breite Freiheitsfront zusammenschweißen – ganz im Gegenteil, gerade dieser Krieg hat den Riss, der durch die Gesellschaft geht, offener gelegt als sonst irgendetwas.

---

<sup>1</sup> Karl Marx: Debatten über Preßfreiheit, 1842, MEW 1, S. 60.

<sup>2</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest, 1848, MEW 4, S. 482.

<sup>3</sup> Friedrich Engels an Eduard Bernstein, 2./3.11.1882, in: MEW 35, S. 388.

<sup>4</sup> Friedrich Engels an Conrad Schmidt, 5.8.1890, in: MEW 37, S. 436 (frz.).

<sup>5</sup> Friedrich Engels an Paul Lafargue, 27.8.1890, in: MEW 37, S. 450 (habe Marx vor 10 Jahren gesagt).

<sup>6</sup> Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1963, S. 139.

<sup>7</sup> Ralf Dahrendorf: Pfade aus Utopia. Zur Theorie und Methode der Soziologie. München 1974, S. 243.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 379.

<sup>9</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46), in: dies.: Werke. Bd. 3, 5. Aufl., Berlin 1978, S. 379.

<sup>10</sup> Karl Marx an Joseph Weydemeyer, 5.3.1852, in: ders., Friedrich Engels: Werke. Bd. 28, Berlin 1963, S. 508; ders.: Kritik des Gothaer Programms (1875), in: ebenda, Bd. 19, 9. Aufl., Berlin 1987, S. 28; ders., Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: dies.: Werke, Bd. 4, S. 481-482. Grundlegend: Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Diktatur des Proletariats. Begriff – Staat – Revision. Baden-Baden 2022.

<sup>11</sup> Herrschaft und Macht im Sinne der Unterscheidung von Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 28, 541-545; das Verhältnis von Macht und Gewalt, dabei Marx und Weber aufgreifend, hat analysiert: Hannah Arendt: Macht und Gewalt (1970). 26. Aufl., München 2017, bes. S. 36-58.

<sup>12</sup> Iring Fetscher: Karl Marx und der Marxismus. Von der Ökonomiekritik zu Weltanschauung. Überarb. u. erw. Neuausgabe, München, Zürich 1985, S. 216-310, bes. 296-310; Gerd Koenen: Karl Marx und die „Diktatur des Proletariats“. Eine historische Kontextualisierung, in: Martin Endreß, Christian Jansen (Hrsg.): Karl Marx im 21. Jahrhundert. Bilanz und Perspektiven. Frankfurt/M., New York 2020, S. 181-212; Uli Schöler: Despotischer Sozialismus oder Staatssklaverei? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929). 2., erw. Aufl., Berlin 2021, S. 268-278. Grundlegend unter Einbeziehung des „Diktatur“-Begriffs im Gegensatz zum Begriff der Tyrannei: Wilfried Nippel: Diktatur des Proletariats – Versuch einer Historisierung, in: Zyklus 5. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie 2019, S. 71-130.

<sup>13</sup> Wladimir I. Lenin: Was tun (1902), in: ders.: Werke, Bd. 5, S. 362, 372, 480-481; ders.: Materialien (1902), in: ebenda, Bd. 6, S. 14, 37; ders.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917/18), in: ebenda, Bd. 25, S. 409, 412-424.

<sup>14</sup> Aktuell dazu hervorragend: Timm Graßmann: Marx gegen Moskau. Zur Außenpolitik der Arbeiterklasse. Stuttgart 2024.

<sup>15</sup> Christoph Hein: Die fünfte Grundrechenart (14.9.1989), in: ders.: Als Kind habe ich Stalin gesehen. Essays und Reden. Berlin, Weimar 1990, S. 145-146.

<sup>16</sup> Ausführlich: ders.: Legitimation eines neuen Staates.

---

<sup>17</sup> Wolfgang Leonhard: Dialog im Haus der Einheit. Walter Ulbricht empfängt Karl Marx und Friedrich Engels, in: Die Zeit vom 9.3.1962.

<sup>18</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest, 1848, MEW 4, S. 461.

<sup>19</sup> Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. I: Der Zauber Platons (1945). 8. Aufl., Tübingen 2003, S. Anm. 4, 361-362; siehe auch: Ilko-Sascha Kowalczyk: Karl Raimund Popper. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Weltverbesserungsphantasien unterm Seziermesser, in: Jonathan Beck (Hrsg.): Eine andere Welt. Bücher, die in die Zukunft weisen. Für Detlev Felken, München 2023, S. 246-249.

<sup>20</sup> Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag. Oder Prinzipien des Staatsrechts (1762), in: ders. Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden. Berlin 1989, Bd. 1, S. 382.